

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprechers für
Atompolitik**

Marcus Bosse, MdL

zu TOP Nr. 3

**Abgabe einer Regierungserklärung zu dem Thema
„Endlagersuche - eine Generationenaufgabe!
Verantwortungsbewusst und transparent.“**

Unterrichtung durch die Landesregierung - Drs. 18/7556

während der Plenarsitzung vom 06.10.2020
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zunächst einmal vielen Dank für die Regierungserklärung und auch für die deutlichen Worte.

Liebe Miriam Staudte, denjenigen, die gekämpft haben und die jetzt recht bekommen haben, zu danken, ist richtig.

Ich persönlich halte es aber nicht für richtig, in die Mottenkiste zu greifen und Geschichten und Darstellungen aus den 70er-Jahren vorzutragen, gespickt mit Schuldvorwürfen.

Ich denke: Fehlentscheidungen wurden getroffen. Das ist allen bewusst, das ist allen bekannt, aber das muss, bitte schön, auch der Vergangenheit angehören.

Es gilt, nach vorne zu schauen bei diesem doch langen, langen Suchprozess - und zwar gemeinsam nach vorne zu schauen.

Ich denke, dieser ganze Suchprozess - Minister Lies hat es vorgetragen - wird wesentlich länger dauern als die Halbwertszeit von mehreren Regierungen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Manch einer wird dabei fragen: Warum das alles? - Der Atomausstieg ist nun beschlossene Sache, und spätestens Ende 2022 wird das letzte Atomkraftwerk in Deutschland abgeschaltet werden. Die vor längerer Zeit bereits abgeschalteten AKWs werden bereits zurückgebaut, und letzten Endes ist für mehrere auch die Stilllegung bereits beantragt. Mit der Einsetzung der Endlagersuchkommission wurden die Grundlagen für eine standortoffene Suche innerhalb Deutschlands nach einem geeigneten Endlager für hochradioaktive Abfälle gelegt. Und von diesen Abfällen, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es reichlich.

Nun zur Suche: Wo soll dieser Abfall hin? - Im ersten Schritt werden ungeeignete Gebiete ausgeschlossen. Wird eines von sechs Ausschlusskriterien im Standortauswahlgesetz erfüllt, kommt eine Region oder ein Ort als Endlager nicht mehr infrage. Mindestanforderungen müssen also erfüllt sein, um eine prinzipielle Eignung des geologischen Untergrunds festzustellen. Im Anschluss werden die geowissenschaftlichen Abwägungskriterien angewandt, um besonders günstige Teilgebiete gegenüber weniger günstigen Teilgebieten bewerten zu können.

Minister Lies hat darauf hingewiesen: Wir sind noch in einem sehr, sehr frühen Verfahren. Frühestens im Jahre 2023 werden diese Vorschläge, diese Regionen samt zugehöriger Erkundungsprogramme an die BGE und an das BASE übermittelt. Und dann, im Jahre 2023 oder auch 2024, werden der Deutsche Bundestag und der Bundesrat darüber entscheiden, welche Standortregionen

überhaupt übertägig erkundet werden. Diese Entscheidung wird, wie gesagt, erst der neu zu wählende Bundestag entscheiden.

Die Teilgebiete werden also nach geowissenschaftlicher Analyse immer kleiner geschnitten. In Niedersachsen sind das etwa 80 Prozent der Landesfläche, die als Teilgebiete ausgezeichnet sind. Schacht Konrad in Salzgitter, Asse II bei Remlingen im Landkreis Wolfenbüttel, Morsleben - in Sachsen-Anhalt, aber doch in unmittelbarer Nähe der Stadt Helmstedt - und auch Gorleben sind von diesem Verfahren ausgenommen. In Gorleben wird es kein Endlager für Atommüll geben. Das ist eine sehr, sehr gute Nachricht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die Entscheidung der BGE gibt letzten Endes all denjenigen Recht, die gegen ein Atommüllendlager im Salzstock Gorleben gekämpft haben. Es war richtig, dass Niedersachsen Gorleben sehr früh mit aus dem Verfahren genommen hat. - Warum sage ich das? Als Erstes wurde ein Stopp für die Anlieferung der Castoren verfügt, und zweitens wurde beim neuen Suchverfahren vom Prinzip der weißen Landkarte ausgegangen. Diese Grundlage einer weißen Landkarte haben die Sozialdemokraten, insbesondere auf Bundesebene, in der Endlagersuchkommission mit initiiert.

In diesem langen Suchprozess, der im Jahre 2031 seinen Abschluss finden wird, sollte sich niemand - kein Bundesland, kein Landkreis, keine Gemein-de - entziehen. Das Sankt-Florian-Prinzip „Verschon' mein Haus, zünd' and're an!“ darf hier nicht gelten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir stehen vor einer nationalen Herausforderung und vor einer nationalen Verantwortung, der sich alle Länder und Kommunen stellen müssen. Der Prozess ist -das sage ich ganz deutlich - von der Bevölkerung und von den Bürgerinnen und Bürgern kritisch zu begleiten und kritisch zu hinterfragen. Das Land wird hierbei auch entsprechende Unterstützung anbieten. Wir müssen verantwortungsbewusst und transparent handeln, und ich bin überzeugt, dass kein Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland auf diesen Prozess so gut vorbereitet ist wie Niedersachsen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Andere Länder waren bei dem Suchprozess ein bisschen schneller, andere waren weniger schnell, und ich erkenne durchaus an, dass man ein Verfahren gefunden hat, das die BGE nun auch umsetzt. Ich erkenne auch an, dass einige Daten - das wird ja durchaus auch kritisiert - nicht veröffentlicht werden können. Dieses Verfahren gilt für den Prozess von hochradioaktivem Müll, offenbar aber nicht für den Suchprozess für schwach- und mittelradioaktive Abfälle.

Ich denke, es gehört aber auch zur Wahrheit dazu, dass nicht alles gut ist bei der BGE. Die BGE ist durchaus bemüht, den bestmöglichen Standort zu suchen: Ein Kriterium ist beispielsweise die Entfernung zu Wohngebieten. Ein weiteres Kriterium ist, kein altes - also gebrauchtes - Bergwerk zu nehmen. Für jemanden,

der in der Region Braunschweig beheimatet ist, stellt sich durchaus die Frage, ob ein ehemaliges Erzbergwerk - hier Schacht Konrad -, das mitten in einem Gewerbegebiet liegt, im Herzen der Stadt Salzgitter, geeignet ist, um nach Wissenschaft und Forschung schwach- und mittelradioaktiven Atommüll aufzunehmen. Hier ist Schacht Konrad offenbar mit negativen Privilegien und Kriterien ausgestattet worden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Auch bei der Rückholung der Abfälle aus der Asse und dem anschließenden Suchprozess für ein Zwischenlager hat sich die BGE nicht mit Ruhm bekleckert. Das durfte der Ausschuss vor einiger Zeit erfahren, als wir am 31. August einen Besuch vor Ort gemacht haben. In diesem durchaus lobenswerten Prozess der Asse-II-Begleitgruppe, der ja von der Transparenz her bundesweit Bedeutung erlangt hat, wurden die Hinweise der Begleitgruppe und auch die der Fachwissenschaftler ignoriert. Stattdessen wurde in einer Videokonferenz aus Berlin mitgeteilt, wo das Zwischenlager gebaut wird und wo die Abfälle, die in der Asse sind, dann eingelagert werden sollen. - Das, sage ich Ihnen ganz deutlich, sollte der Vergangenheit angehören. Ich denke, diese Basta-Politik mit dem Zwischenlager, diese Entscheidung ist eine falsche Entscheidung. Es ist wieder eine politische Entscheidung. Ich dachte, wir hätten uns davon schon längst verabschiedet.

Die zentrale Forderung der Begleitgruppe einschließlich der Wissenschaftler lediglich nach der Prüfung von zwei weiteren Standorten wird offenbar nicht umgesetzt. Das ist im Grunde genommen eine Aufkündigung der echten Bürgerbeteiligung. Ich sage Ihnen auch ganz deutlich - wahrscheinlich auch im Namen der Kollegen Oesterhelweg und Försterling und von Frau Kreiser -: Das wird sich die Region nicht gefallen lassen. Das sagen wir an der Stelle ganz deutlich, mit dem Blick nach Berlin.

Dieser Begleitprozess, der auch sehr gelobt worden ist, der mit Transparenz und Vertrauensbildung gestartet ist, wird dabei komplett infrage gestellt.

Also zur gelobten Suche der BGE: Wo viel Licht ist, ist auch Schatten. Und während wir aus der Atom- und der Kernenergie aussteigen, zeigen sich unsere Nachbarn im Nordwesten unseres Bundeslandes davon offenbar völlig unberührt. Die Niederlande erwägen nach einer Studie zumindest, zehn neue AKWs zu bauen. Kernenergie scheint dort offenbar unverzichtbar zu sein. Ein AKW Eemshaven - in unmittelbarer Nachbarschaft zu Niedersachsen - könnte dort errichtet werden.

Ich frage mich ganz deutlich, ob dieser Albtraum der Kernenergie nicht enden will. Der Weg in die Kernenergie ist letzten Endes ein Irrweg. Das wissen wir als Deutsche ganz genau, und nach Fukushima und Tschernobyl wissen wir es erst recht.

In dieser Studie der Niederländer sind weder der Bau noch die Anschlüsse, die Netze und vor allen Dingen die Entsorgung mit eingerechnet. Wenn man sich das einmal überlegt und gegeneinander hält- es gibt seit etwas mehr als 60 Jahren Kernenergie, es gibt seit 60 Jahren Atomstrom, insbesondere die Entsorgung verschlingt Kosten in Milliardenhöhe, und dieser Müll soll für 1 Million Jahre gesichert werden -, dann stellt sich tatsächlich die Frage der Verhältnismäßigkeit.

Es ist – da möchte ich natürlich gern wieder auf die Gemeinsamkeit zurückkommen – die Aufgabe der BGE, von Anfang an größtmögliche Transparenz walten zu lassen. Es ist für Deutschland eine der größten Herausforderungen, in einem fairen, lern-bereiten und kompromissfähigen Verfahren ein atomares Endlager zu finden. Atomenergie war und wird nie nachhaltig, günstig und vor allen Dingen sicher sein. Alle Wiederbelebungsversuche für Atomkraft lassen Aspekte wie Sicherheit, Nachhaltigkeit und vor allen Dingen auch die Kosten unter den Tisch fallen. Den erneuerbaren Energien, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehört die Zukunft; sie müssen wir zügig ausbauen.

Herzlichen Dank.